

Antrag

der Abgeordneten **Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger** und **Landbauer**

zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
Ltg. 1595/V-5-2017

betreffend: **Sofortige Aufhebung der Arbeitnehmerfreizügigkeit**

Seit 1. Mai 2011 ist der österreichische Arbeitsmarkt für insgesamt acht Oststaaten geöffnet. Im Folgejahr folgten Bulgarien und Rumänien. Seither strömen hunderte „Billigstfirmen“ nach Niederösterreich. Die ursprünglichen Ziele, die Lebensverhältnisse im europäischen Wirtschaftsraum anzugleichen, Lohn- und Sozialverhältnisse auf ein vergleichbares Niveau zu bringen sowie die Beschäftigung insgesamt zu erhöhen, wurden nicht erreicht.

Die offenen Grenzen haben am Arbeitsmarkt zu einem enormen Verdrängungseffekt und damit zum rigorosen Anstieg der Arbeitslosigkeit in unserem Land geführt. Die aktuellen Zahlen des AMS belegen diesen negativen Trend. So waren im Mai 2011 insgesamt 45.120 Personen in Niederösterreich arbeitslos. Ende Mai 2016 verzeichnet das AMS mehr als 63.000 Jobsuchende. Die tausenden Schulungsteilnehmer nicht berücksichtigt, Tendenz steigend! Ursache für die katastrophale Entwicklung ist das enorme Lohn – und Preisdumping ausländischer Firmen.

Um das Gefüge in unserem Sozialstaat nicht zu gefährden, müssen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Angesichts der skizzierten Entwicklung dürfen weder „Gast-Arbeitslosigkeit“ importiert noch heimische Arbeitskräfte einem aussichtslosen Billiglohn-Konkurrenzkampf ausgeliefert werden. In diesem Sinne ist eine sofortige sektorale Schließung des Arbeitsmarktes unumgänglich. Das Prinzip – gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – muss mit sofortiger Wirkung gesetzlich verankert werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich für die sofortige Aufhebung der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Wirkungsbereich sowie in Zusammenarbeit mit dem Bund sicherzustellen, dass es zur sofortigen Aufhebung der Arbeitnehmerfreizügigkeit kommt.“